

Beipzig. Die Zeitung  
erscheint täglich.  
Zu beziehen durch alle Post-  
ämter des In- und Auslandes;  
in Frankreich durch  
G. H. Alexandre in Straß-  
burg, und bei denselben in  
Paris, Nr. 23, rue Notre  
Dame de Nazareth;

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch Williams  
& Morgan in London,  
14 Deuticke Street, Co-  
vent Garden.  
Preis für das Vierteljahr  
2 Thlr.

Insertionsgebühr für den  
Raum einer Zeile 2 Rgr.

## Uebersicht.

**Deutschland.** Frankfurt a. M. Amtlich, Tagesbefehl. \*\* Frankfurt a. M. Nationalversammlung. Austrittserklärung von Wiedermann u. Genossen. \* Frankfurt a. M. Die Verlegung der Nationalversammlung. Die Einnahme von Worms. — Die Truppenconcentration. — Die Parlements-correspondenz der Centren, Deputation von Karlsruhe. ○ Frankfurt a. M. Die Reichsverfassung und die kleinen Staaten. Dresden. Steckbrieflich Verfolgte. Jittau. Stadtrath Hensel. Leipzig. Verordnung. X Leipzig. Die Stadtverordneten, Zuschrift des Reichsministeriums. München. Tagesbefehl. — Die Berliner Conferenzen. Würzburg. Rückkehr der Studenten. Kaiserslautern. Zwangsanlehen. — Die königl. Regierung an die Bewohner der Pfalz. — Hr. v. Gagern an Hr. Eisenstuck. — Bürger Bamberg. Stuttgart. Erklärung der I. Kammer. — General v. Miller. — Vorsichtsmaßregeln, die Truppen. — Die reutlinger Versammlung. Karlsruhe. Werberuf. — Berichtigung aus Werthheim. — Opposition der Mannheimer Abendzeitung. — Bürger Studiosus Schlüssel in Heidelberg. Aus Baden. Der dritte Putsch. Darmstadt. Verordnung, Kriegszustand für sieben Bezirke; Verhaftungen. — Freischaren in Worms. Mainz. Die Besatzung, Versammlung in Würzburg. Bingen. Truppenbewegungen, der Volksausschuß. Gießen. Der demokratische Wahlausschuß. Koburg. Hr. Briegleb. Gotha. Preussische Durchmärsche. Kurlhafen. Die dänische Blockade. Schleswig. Die dänische Flotte. — Die Landesversammlung. — Das Blockhaus bei Fredericia. Neumünster. Wahl.

**Preußen.** Hr. v. Kampf. Die Unterhandlung mit Dänemark. Die Rüstungen und die Finanzen.

**Handel und Industrie.**

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 29. Mai. (Amtlich) Tagesbefehl. Durch Se. kaiserl. Hoh. den Erzherzog-Reichsverweser zum Oberbefehlshaber der in und um Frankfurt und zwischen dem Main und Neckar versammelten Reichstruppen ernannt, sehe ich mich zu meiner Freude mit noch innigern Banden an denjenigen Kreis von Waffengefährten geknüpft, mit welchen mich bereits seit dem verflorenen Herbst die Stunden ernster Gefahr und die freudige Hingebung für das gemeinsame deutsche Vaterland vereinigen. Mit der festen Zuversicht auf deren allseitige treue Unterstützung, mit jenem offenen Vertrauen, welches überall wiederum Vertrauen zu erwecken pflegt, trete ich heute das mir übertragene Commando an. Gleichwie die Truppen dieses Bereichs durch Repräsentanten der wichtigsten deutschen Volksstämme gebildet werden, ist es unser ehrenvoller Beruf, das gesammte deutsche Vaterland gegen die zerstörenden Angriffe der Pflichtvergessenheit und Verblendung zu schützen, festgeschlossen durch die heiligen Bande der Pflichttreue und der Disciplin, welche zu allen Zeiten die Grundlagen siegeskrönender Heere waren, und als echte Söhne des deutschen Vaterlandes zu zeigen, und inmitten der Sturmfluten politischer Zerrissenheit denselben auf eine erhabende und unzweifelhafte Weise der Welt ein Zeugnis darüber abzulegen, daß die Einheit und Stärke des deutschen Vaterlandes in der Brust seiner Krieger, in der Pflichttreue seines Heeres ungeschwächt fortleben. Frankfurt a. M., 23. Mai 1849. (Geg.) v. Peucker, Generalleutnant. Für die Abschrift: Becker, Hauptmann.

\*\* Frankfurt a. M., 29. Mai. Die heutige Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde vom Präsidenten Reh um 11 1/2 Uhr eröffnet. Es zeigt derselbe den Austritt der Abgg. Schönmäckers, Künzberg aus Ansbach, Ebmeier, Kerreter, Zacharia aus Anhalt-Bernburg an. Abg. Schubert aus Würzburg, der mit den Abgg. v. Podewills und Schausch unterm 24. Mai erklärt hatte, ferner keinen Antheil an den Sitzungen des Parlaments nehmen zu können, hat in einem Schreiben nachträglich kundgegeben, damit sei nicht Austritt sondern nur Nichtbetheiligung, bis die Versammlung sich ergänzt haben werde, gemeint gewesen. Der Präsident bemerkt: das Bureau werde dahin antworten, daß der Abg. Schubert sofort wieder eintreten solle oder als ausgeschieden gelten müsse. Nach den in letzter Sitzung stattgefundenen Wahlen ergänzt sich der Ausschuss für Geschäftsordnung durch die Abgg. Jacoby aus Königsberg, Schaffrath, Wichmann, Rösler aus Dels, v. Pattai, Moriz Mohl; der Legitimationsausschuß durch die Abgg. Freudentheil, Rheinwald, Lemme, Wedekind, Reinfeln, Umb-scheiden und v. Pattai. Acht Adressen für die Reichsverfassung sind

neuerdings eingegangen. Vom Reichsministerium des Innern wird das Abberufungsschreiben der hannoverschen Abgeordneten, sowie eine Antwort der hannoverschen Regierung auf die verlangte Ersatzwahl für den früher ausgetretenen Abg. Deiman mitgetheilt, worin dieselbe nach geschahener Gesamtabberufung abgelehnt wird. Abg. Schulz hat seine Interpellation vom 24. Mai zurückgenommen. Auf die Nagel'sche Interpellation wegen der blutigen Vorfälle am 13. Mai in Frankfurt und die Erklärung des Reichskriegsministers vom 15. Mai enthaltend die Fragen: 1) In welchen Stadien sich die in Betreff jener Vorfälle eingeleitete Untersuchung befindet, beziehungsweise welches Ergebniss dieselbe geliefert und welche Straferkenntnisse sie zur Folge gehabt hat? 2) Worin die zur Verhütung ähnlicher Ausbrüche getroffenen Maßregeln bestehen? antwortete der Reichskriegsminister: Die Sache selbst, meine Herren, ist mir nicht bekannt gewesen, weil sie vor meinem Amteantritte, sogar vor meiner Anwesenheit in Frankfurt stattgehabt hat; ich habe deshalb Bericht vom Militaircommando verlangt, welches mir anzeigt, die Untersuchung werde ohne Unterbrechung fortgeführt, habe aber noch zu keinem Resultate geführt. Was den zweiten Punkt betrifft, so kann ich Ihnen die beruhigende Versicherung geben, daß nichts versäumt ist, um die Wiederholung ähnlicher betrübender Vorfälle zu verhindern. Es wird hierauf zur Wahl des ersten Vicepräsidenten geschritten und der zweite Vicepräsident Eisenstuck mit 93 gegen 21 Stimmen gewählt. Vicepr. Eisenstuck ersucht die Versammlung, dem Bureau in einer andern Persönlichkeit frischeren Kräfte zuzuführen, und lehnt die auf ihn gefallene Wahl mit der Bitte ab, an seiner bisherigen Stelle verbleiben zu dürfen. Auf die Bitte des Abg. Schoder erklärt Vicepr. Eisenstuck wiederholt, daß er es als ein Zeichen von großer Freundschaft von Seiten des hohen Hauses betrachten werde, wenn man seiner Bitte willfahre. Es wird nun neuerdings zur Wahl geschritten und Abg. Löwe aus Calbe mit 98 gegen 12 Stimmen zum ersten Vicepräsidenten gewählt. Der erste Vicepräsident Löwe dankt in kurzen Worten; er erklärt, daß er die Versammlung trotz ihrer Zerrissenheit noch immer als den Ausdruck der Souveränität der deutschen Nation betrachte und diesem Grundsatz gemäß nach Pflicht und Kräften wirken werde.

Sodann erfolgte die Wahl dreier Schriftführer (die H. Bachhaus, Reinfeln und Rösler aus Dels) sowie die Ergänzungswahlen für den Prioritäts- und Petitionsausschuß. Das Ergebniss dieser letztern Wahlen soll in nächster Sitzung mitgetheilt werden. Der Dreißiger-Ausschuß stellt über den am 21. Mai gestellten Antrag der Abgg. Fallati und Schorn, dahin gehend: „Die Versammlung vertagt sich bis zum 20. Jun. d. J., sie läßt das Bureau mit dem Auftrage zurück, die Mitglieder in dringenden Fällen wieder zusammenzurufen; der Beschluß der Nationalversammlung, nach welchem hundert Mitglieder die Auseraumung einer außerordentlichen Sitzung von dem Präsidenten verlangen dürfen, wird für die Zeit dieser Vertagung suspendirt. Ein weiterer, als dringlich bezeichneter Antrag der Abgg. Schorn und Genossen geht dahin, sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen, zugleich aber das Bureau zu beauftragen, die Stellvertreter der ausgetretenen Abgeordneten einzuberufen, und demselben die Befugniß beizulegen, die Versammlung zu geeigneter Zeit wieder zusammen zu rufen,“ den Antrag, über die vorliegenden Anträge, soweit dieselben nicht bereits erledigt sind, zur Tagesordnung überzugehen. Abg. v. Reden hatte im Namen des kleinen conservativen Restes der Versammlung nachstehenden Verbesserungsantrag gestellt: „Im Verfolg der auf Antrag des Bureau über die Vervollständigung der Reichsversammlung am 25. Mai gefaßten Beschlüsse; in Berücksichtigung der Thatsache, daß die jetzt anwesenden Mitglieder sowohl ihrer Zahl als Parteistellung nach in einem großen Theile Deutschlands das unentbehrliche hohe Ansehen und unbedingte Vertrauen, dessen die Reichsversammlung bedarf, nicht einflößen können; in Erwägung, daß die Detroyirung einer Verfassung selbst für die Gebiete der widersprechenden Regierungen schlaggeschlagen und hieraus eine neue Hoffnung für Durchführung unserer Reichsverfassung erwachsen ist, welche jedoch gänzlich erlöschen würde, wenn die Reichsversammlung in ihrem jetzigen Bestande mit Beschlüssen ferner vorschritte; beschließt die Reichsversammlung: 1) Die Versammlung vertagt sich bis dahin, daß die bei ihrer Eröffnung festgesetzte Zahl von 250 Mitgliedern wieder versammelt ist. 2) Am 15. Jul. d. J. tritt die Versammlung jedenfalls wieder zusammen, wenn auch obige Zahl